



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2941

Der Sozialausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 21. Mai 2021 überwiesenen Gesetzesentwurf in sechs Sitzungen befasst. Er führte zu der Vorlage eine schriftliche und eine mündliche Anhörung durch und schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 17. März 2022 ab.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs.

Werner Kalinka
Vorsitzender